

Mauer-Explosionen machen SED nervös

Schwerbewaffnete Vopo bewacht Einbruchstellen

Berlin (Eigenmeldung/dpa/ap/upi). Die vor kurzem an mehreren Punkten im nördlichen Teil der Stadt verübten Anschläge auf die Mauer, die sie an verschiedenen Stellen zum Einsturz brachten oder erheblich beschädigten, hat die Pankower Machthaber nervös gemacht. Unter Aufsicht schwerbewaffneter Volkspolizisten und in Zivil gekleideter Beamter des Staatssicherheitsdienstes waren Arbeiter sofort feberhaft damit beschäftigt, die Schäden an der Mauer wieder zu beseitigen. Aus Gesprächen mit Westberliner Bereitschaftspolizisten geht hervor, daß entlang der Mauer eine gespannte Atmosphäre herrschte. Die Volkspolizisten nahmen eine ausgesprochen feindliche Haltung gegenüber den Westberliner Beamten ein.

Über die Urheber der Anschläge ist bisher nichts bekannt. Erwartungsgemäß versuchte jedoch das Sowjetzonen-Innenministerium, West-Berlin hierfür verantwortlich zu machen. „Innenminister“ Maron richtete laut adn einen Brief an den Regierenden Bürgermeister Brandt, in dem von „schwerwiegenden Anschlägen unter dem Schutz der Westberliner Polizei“ gesprochen wird. Der Feuerwechsel am Mittwoch am Spandauer Schifffahrtskanal und die Sprengstoffanschläge seien „systematische Glieder einer Kette von Anschlägen gegen die Ordnung und Sicherheit an der Staatsgrenze“.

Außerdem hat der stellvertretende sowjetzonale Außenminister Winzer bei den drei alliierten Kommandanten West-Berlins gegen die angeblich von Westberliner Seite aus verübten

Sprengstoffanschläge gegen die Mauer an der Sektorengrenze protestiert. Winzer meinte, durch diese „aggressiven Akte“ sollten die amerikanisch-sowjetischen Berlin-Gespräche torpediert werden.

Scharfe Antwort von Albertz

Diese Behauptungen wurden wenig später von Innensenator Albertz unter Bezugnahme auf die Aussagen der in den fraglichen Abschnitten stationierten Westberliner Polizisten ganz entschieden zurückgewiesen. Er erwähnte, daß die verantwortlichen politischen Stellen in

West-Berlin nach dem 13. August alles getan haben, um Provokationen an der Mauer zu vermeiden, und sagte: „Die Verantwortung liegt allein bei denen, die auf Bürger schießen lassen, die von ihrem Recht auf Freiheit Gebrauch machen.“

Albertz hielt es für nicht ausgeschlossen, daß mit diesen Sprengungen von östlicher Seite versucht werde, die Lage in Berlin zu verschärfen. „Wir wissen nur, daß die Mauer selbst keine Ruhe geben wird, daß, solange sie steht, neue Schwierigkeiten geschaffen werden.“

Der Innensenator hat wegen der Vorfälle in Berlin seine Teilnahme am Kölner SPD-Parteitag abgebrochen.

Polizeipräsident Duensing ordnete für den Abschnitt zwischen Sandkrugbrücke und Kieler Brücke verstärkte Sicherungsmaßnahmen an.



Einen der SED unerwünschten „Weitblick“ gaben Mauer-Explosionen den Vopo-Wächtern

Die Mauer

K. H. L. — Nie wird sich die Welt mit der Existenz der Ungeheuerlichkeit, die in ihrer ganzen tragischen Auswirkung als Mauer in Berlin bekannt ist, abfinden, noch gar abfinden können. Die Sprengstoffanschläge beweisen es.

Sie beweisen vor allem, daß die Mauer rein gar nichts zu jener „Entspannung“ beigetragen hat, wie sie von östlicher Seite immer wieder mit der ganzen Verlogenheit diktatorischer Propaganda interpretiert wird, sondern in ihre Fundamente so viel Zündstoff eingelagert wurde, daß sehr leicht eine explosive Situation entstehen kann. Ein unbedachter, gefühlsmäßig ausgelöster Fingerdruck auf den Abzug eines Gewehres kann unübersehbare Folgen haben.

Eine nicht abreißende Serie von Geschehnissen hat gerade in den letzten Tagen und Wochen die Welt aufhorchen lassen. Wir brauchen sie nicht im einzelnen aufzuzählen, aber sie sind — fernab von jedem sprachlichen Superlativismus — nur mit den Vokabeln einer nationalen Schande und eines großen Gefahren in sich bergenenden internationalen Unruheherdes zu umschreiben. Und die Ursache all dieser tragischen Ereignisse liegt begründet und zementiert in den fünf Buchstaben: Mauer! In der Mauer, in die vier Sprengstoffanschläge eine kleine Öffnung rissen. Eine Öffnung, die mit explosiver Warnung denen unablässig vor Augen steht, die nichts eiliger tun konnten, als unter dem Schutz schwerbewaffneter Vopos sie von Ostberlinern, von deutschen Handwerkern wieder schließen zu lassen.

Wir könnten versucht sein zu behaupten, daß man in West-Berlin all diese Zwischenfälle hat kommen sehen, weil die östlichen Grenzsoldaten, aufgepeitscht von einem teuflischen System, immer rücksichtsloser werden. Aber wir sollten auch nicht vergessen, daß viele der fanatisierten blutjungen Soldaten selbst ein Opfer der SED-Hetze geworden sind und gar nicht anders handeln können, als es ihnen in der dialektischen Schulung ihres Partelapparates aufgezwungen worden ist.

Um so mehr sollten wir uns alle im klaren darüber sein, daß der Übergriffe kein Ende sein wird, wenn man diesen „Wächtern“ und vor allem ihren Hintermännern, nicht mit jener maßvollen Festigkeit entgegentritt, wie es jetzt von Westberliner Seite her geschehen ist.

Es sind wahrscheinlich jene abschreckenden Wirkungen all dieser Zwischenfälle, die Pankow veranlaßten, eine neue Hetzkampagne unter seinen

Grenzsoldaten zu entfachen, um ihre Einsatzbereitschaft zu „stärken“. Eine Hetzkampagne, deren Ausmaß der vergangenen Tage jedes bisher dagewesene Maß überschreitet. Sie bestärken aber indirekt auch — genau wie die Sprengstoffanschläge — die Brüchigkeit der Mauer, deren Beseitigung nur ein festes und unerschütterliches Maß an menschlicher und politischer Moral erreichen kann und eines Tages erzwingen wird.

„Berliner Mauer ist Barbarei“

Präsident der Republik Kongo-Brazzaville befürwortet Selbstbestimmungsrecht

Brazzaville (dpa)

Der Präsident der Republik Kongo-Brazzaville, Fulbert Youlou, hält die von den Kommunisten errichtete Mauer quer durch Berlin für ein Beispiel von Barbarei. Mit diesen Worten faßte Youlou einen der Haupteindrücke seines kurzen privaten Deutschland-Besuchs vom Februar 1962 zusammen. In einem Interview meinte der Präsident, eine derartige gewaltsame Trennung von Menschen gleicher Familien und gleicher Tradition wie in Berlin wäre in Afrika angesichts der traditionell engen Familienverbindungen gar nicht vorstellbar.

Außerdem werde das Problem der deutschen Wiedervereinigung durch die Mauer nicht gelöst. Youlou fragte selbst: „Warum wendet man nicht das Selbstbestimmungsrecht, über das ja im Osten wie im Westen gesprochen wird, zugunsten der beiden Teile Deutschlands an?“ Die Möglichkeit einer freien Wahl für alle Deutschen zwischen Demokratie und Totalitarismus wäre sicher die einfachste, menschlichste und friedlichste Lösung, über deren Ergebnis er völlig sicher sei.

Seine Ansicht zum Ost-West-Gegensatz umriß Youlou mit der Frage: „Wie kann man vor etwas wie der Berliner Mauer ‚positiv neutral‘ bleiben?“ In einer vom Untergang bedrohten Welt habe sein Land aus geistiger und christlicher Tradition niemals ein Hehl aus seiner Zugehörigkeit zur freien Welt gemacht. Die jungen afrikanischen Staaten wären nach seiner Ansicht rasch die Beute des Umsturzes, wenn der Schutzwall der freien Welt gegen den kom-

munistischen Totalitarismus zusammenbräche.

Über die Ursachen für die bisherigen Mißerfolge des Sowjetkommunismus beim Versuch einer Durchdringung Afrikas befragt, antwortete Youlou, der Kommunismus stehe in einem tiefen Gegensatz zu Afrika. Die kommunistische Lehre widerspreche der afrikanischen Lebensweise und den Vorstellungen und Traditionen Afrikas, wo man sich nicht daran gewöhnen werde, „den Menschen als eine Maschine anzusehen, die die Geschichte macht“. Auch der Stolz der jungen Nationen auf ihre gerade errungene Freiheit und Unabhängigkeit wende sich gegen eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten von außen.

Bonn wartet auf präzise Angaben Pankows

Bonn/Berlin (Eigenbericht/ap/dpa). Das Bundeskabinett wird zu den Wünschen des Pankower Regimes nach Kreditlieferungen von Kohle, Maschinen, Medikamenten und Lebensmitteln im Gegenwert von 3,2 Milliarden D-Mark erst Stellung nehmen, wenn die Zonenregierung ihre Vorstellungen präzisiert hat. Dies teilte vor der Bundespressekonferenz Staatssekretär von Eckardt in Bonn mit. Er gab auch bekannt, daß die Bundesregierung ihre „westlichen Verbündeten“ über die Wünsche Pankows unterrichtet habe und auf dem laufenden halten werde. Von Eckardt wies erneut darauf hin, daß diese Wünsche den Rahmen des Interzonenhandels sprengen und deshalb eine andere Behandlung erfordern.

Chruschtschow will die EWG sprengen

Ausfallende Attacke des sowjetischen Ministerpräsidenten

Moskau (ap/dpa). Mißgunst und Besorgnis, die die Erfolge des Gemeinsamen Marktes im Ostblock offensichtlich hervorgerufen, haben zu einer ersten, in ihrer Heftigkeit jedes Maß sprengenden Attacke Chruschtschows auf die EWG geführt. Bei einem Empfang für den malinesischen Staatspräsidenten Keita im Kreml enthüllte Chruschtschow einen Plan, als Gegengewicht gegen „die internationale Union der kapitalistischen Monopole“ eine Handelsorganisation der UNO ins Leben zu rufen. In seinen heftigen Angriffen gegen das europäische Wirtschaftsbündnis, das er „eine Staatsmonopolvereinbarung der Finanzoligarchie Westeuropas“ nannte, versuchte Chruschtschow, seinen afrikanischen Gast vor den angeblichen Gefahren des Gemeinsamen Marktes zu warnen.

Chruschtschow gab in diesem Zusammenhang zu, daß der Ostblock weniger Entwicklungshilfe als der Westen geleistet habe, verstieg sich aber zugleich zu der Behauptung, die kommunistische Hilfe sei wertvoller, weil sie „nicht an Bedingungen geknüpft“ sei.

Chruschtschow versuchte auch das amerikanische Friedenskorps und Kennedys Hilfsprogramm für Südamerika in Mißkredit zu bringen. Er nannte sie „Werkzeuge der Imperia-

listen“ und „neue Tricks der Imperialisten, ihre kolonialistischen Ziele zu erreichen“.

Scharfe Angriffe richtete Chruschtschow auch gegen einige afrikanische Staatsführer, „die außer ihrer Hautfarbe nichts mit ihren Völkern gemein“ hätten. Diese Leute seien von den Kolonialisten ausgewählt und aufgepäppelt worden. Als „typischen Vertreter dieses Schlags von Verrätern“ bezeichnete er den Regierungschef von Katanga, Tschombé.

Sicherheit der Völker zu verurteilen; 3. die Propagierung von Zwangsmaßnahmen gegen die Völker, „die den Weg zur nationalen Befreiung und Entwicklung zur Unabhängigkeit“ beschritten haben, als Bedrohung des Weltfriedens zu verurteilen.

Dean bedauert

Der amerikanische Chefdelegierte Dean äußerte sein tiefstes Bedauern über die plötzliche Kursschwengung der Sowjetunion. Er verwies darauf, daß Moskau den Text der Erklärungen gegen die Kriegspropaganda nicht nur gebilligt, sondern in dieser Form auch den anderen Teilnehmerstaaten der Konferenz zur Annahme empfohlen habe. Der amerikanische Chefdelegierte erklärte in diesem Zusammenhang, es sei überraschend, daß die Sowjets ihre plötzliche Kursschwengung mit einem Artikel von Bundesverteidigungsminister Strauß zu rechtfertigen versuchten, der bereits zwei Jahre alt sei. Als eine „glatte Verdrehung der Tatsachen“ bezeichnete ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums gestern die Darstellung Sorins. Mit keinem Wort habe Strauß in dem zitierten Artikel Atomwaffen für die Bundeswehr gefordert. Strauß habe lediglich untersucht und dargelegt, welche Waffen die Bundeswehr zu ihrer vollständigen Ausrüstung dem NATO-Plan MC 70 zufolge benötigen werde.

Moskau stürzt Genf in neue Krise

Sorin lehnt zuvor getroffene Vereinbarung über Verbot von Kriegspropaganda ab

Genf (ap / dpa / upi). Die Sowjetunion hat die Genfer Abrüstungskonferenz mit der überraschenden Ablehnung der zuvor getroffenen Vereinbarungen über ein Verbot der Kriegspropaganda in eine neue Krise gestürzt. Der sowjetische Chefdelegierte Sorin verlangte plötzlich verschärfte Bestimmungen. Er erklärte, die Sowjetunion könne der Deklaration angesichts der Ereignisse in den letzten Tagen nicht zustimmen. Zur Begründung führte Sorin u. a. einen Artikel von Bundesverteidigungsminister Strauß an, der am vergangenen Freitag in der NATO-Zeitschrift „Allgemeine Militärische Rundschau“ erschienen war und in dem Strauß, wie Sorin behauptete, „erneut Kernwaffen für die Bundeswehr zur Kriegführung gegen die Sowjetunion“ verlangt habe.

Der sowjetische Chefdelegierte verlangte, daß in das Abkommen über ein Verbot von Kriegspropaganda zusätzlich folgende

Einfügungen gemacht werden sollen: 1. alle Aufforderungen zum Präventivkrieg als Angriffshandlungen zu verurteilen; 2. „Revanchepropaganda“ sowie Propaganda für eine Veränderung der durch den 2. Weltkrieg in Europa geschaffenen Staatsgrenzen als Handlungen gegen den Frieden und die

„Westberliner beim Bau der Mauer“

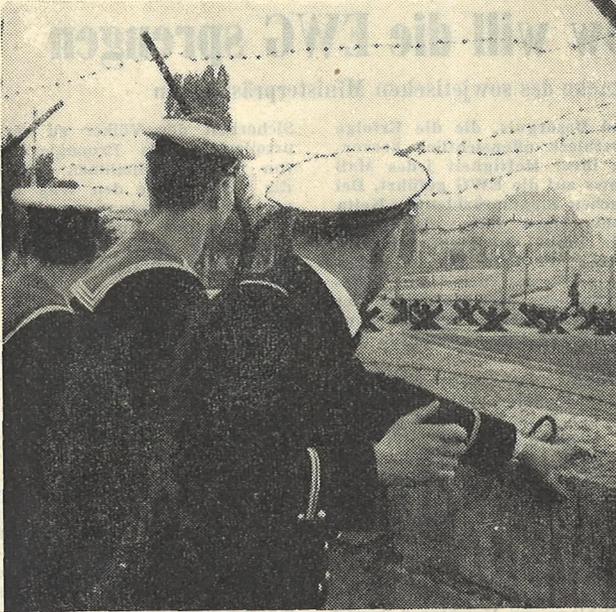
Sowjetzone in Kuba aktiv — Absicht oder Unkenntnis?

Havanna (ap). Die Propagandatätigkeit der Sowjetzone in Kuba nimmt ständig zu. Derzeit finden im Kunstpalast in Havanna und in der Universität der kubanischen Hauptstadt Fotoausstellungen der Sowjetzone statt. Ost-Berlin ist nach diesen Fotoaufnahmen zu urteilen eine friedlich ihrer Arbeit nachgehende Stadt mit viel Blumenbeeten, weiträumigen Parkanlagen und breiten Straßen. Die Mauer ist auf

keinem Bild zu sehen. Die Bundesrepublik dagegen stellt sich dem Betrachter als ein waffenstarreres Land dar.

Für den Durchschnittskubaner ist Berlin zunächst einmal eine weit entfernt liegende Stadt, über deren Schicksal man gelegentlich durch die Presse informiert wird. Und die nimmt es nicht so genau. Aufnahmen von „Westberliner Arbeitern beim Bau der Mauer“ oder von

(Fortsetzung auf Seite 4)



An die Weite der Ozeane gewöhnt, standen die französischen Matrosen am Potsdamer Platz erschüttert vor der widersinnigen Sperre aus Beton und Stahlträgern

Mindestens 35 Flüchtlinge getötet

Fast 13000 Familien warten auf Zusammenführung

Berlin (Eigenbericht/dpa/ap). Einem in erzwungener Gegenwehr erschossenen Vopo stehen mindestens 35 Deutsche gegenüber, die nach dem 13. August als Flüchtlinge an der Sektoren- und Zonengrenze unter den Schüssen ostzonaler Grenzwach-

ter starben. Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, gab diese Zahlen bekannt. Ungleich größer noch als die Zahl der Getöteten und Verletzten sei die Zahl jener, die beim Versuch, die „tragische Trennungslinie“ mitten durch Deutschland oder Berlin zu überwinden, festgenommen und zu langjährigen Kerkerstrafen verurteilt worden seien. Lemmer sagte, er gebe die Hoffnung nicht auf, daß unter dem Eindruck dieses furchtbaren Geschehens Deutsche aufhören würden, auf Deutsche zu schießen. 12 700 Menschen warten in der Zone auf Zusammenführung mit ihren Familien in der Bundesrepublik.

Das Moskauer Parteiorgan „Prawda“ hat die jüngsten Zwischenfälle an den Berliner Sektorengrenzen „als sorgfältig geplante und vorbereitete Anschläge westlicher Provokateure“ bezeichnet.

„Westberliner beim Bau der Mauer“

(Fortsetzung von Seite 3)

den „zahllosen Westdeutschen, die in die DDR fliehen“, sind durchaus nichts Ungewöhnliches.

Die Botschaft der Bundesrepublik ist, wie schon viele Male zuvor, beim Außenministerium in Havanna wegen dieser Ausstellungen vorstellig geworden und hat wahrscheinlich die immer wiederkehrende Auskunft erhalten, daß es sich dabei um private Ausstellungen in einem freien Lande handele, auf die die Regierung keinen Einfluß nehme oder habe.

Aufruf zum 17. Juni

Evangelische und katholische Christen haben zum 17. Juni folgenden Aufruf erlassen:

Es ist erschütternd, daß die Deutschen von einem Extrem in das andere fallen. Zuerst „Deutschland, Deutschland über alles“ und jetzt „Deutschland, Deutschland unter alles“.

Eines steht fest: Jede andere Nation in Europa hätte aus der Tragik eines geteilten Vaterlandes mit allen nationalen und religiösen Mitteln eine „patria pönitentis“ gemacht. Darum die Forderung: Schafft den 17. Juni als Feiertag ab; er wird zu einer Farce, zu einem billigen Urlaubstag. Oder habt den Mut, ihn neu zu beleben, und zwar ohne chauvinistische Anwandlungen aus echter christlicher Verantwortung.

Noch ist es Zeit. Laßt es alle Glocken in die Nacht vom 16. zum 17. Juni hinausrufen, damit alle, die noch „schlafen“, es hören! Und bestürmen wir den Herrgott, bevor es zu spät ist!

Korea ist geteilt, Vietnam ist geteilt, Laos ist geteilt, Deutschland ist geteilt. Und wenn die Welt diese Tragik nicht auflöst, wird morgen die übrige Welt zerrissen sein. Darum rufen wir alle unsere Brüder in Christus in der ganzen Welt, an diesem Tage an uns zu denken und mit uns zu beten. Wir appellieren an die Botschafter der Nationen und alle Staatsmänner und bitten sie, sich dafür einzusetzen, daß unser Vaterland nicht geteilt bleibt.